

Europa

Foto: www.bilderbox.com

Europa ist alles andere als in der Versenkung verschwunden. Gefragt sind neue Ideen, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Ex-Vizekanzler Josef Riegler plädierte dieser Tage in Wien für die Umgestaltung der Europäischen Union in einen Bundesstaat.

Josef Riegler spricht sich für Schaffung eines Bundesstaates Europa aus

„Merkozy“-Fiskalpaket ist Notlösung

Angesichts der EU-Krise sieht Ex-Vizekanzler Josef Riegler die Chance für einen tiefgreifenden politischen Neubeginn gekommen. „Anstatt am Lissabon-Vertrag weiterzuflicken, sollten wir den Boden für ein entscheidungsfähiges, demokratisches und starkes Europa bereiten“, sagte er dieser Tage bei einem Vortrag in der Diplomatischen Akademie in Wien.

Die Ereignisse vor und während des EU-Gipfels im Dezember 2011 hätten klar gezeigt, „dass die EU der 27 nicht in der Lage ist, angesichts der neu entstehenden Machtzentren und dem aggressiven Agieren der Finanzmärkte rasch und entschlossen genug handeln zu können“, erklärte der Ehrenpräsident des Ökosozialen Forums Europa.

Von „der Unhaltbarkeit der derzeitigen Situation“ zeuge auch das von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy durchgesetzte Fiskalpaket.

Die Staatsfinanzierung ist zu wichtig, um sie den manisch-depressiven Finanzmärkten zu überlassen.“

Josef Riegler
Ex-Vizekanzler

Dieses sei eine „Notlösung“, bei der die zuständige EU-Kommission „ausgeschaltet“ wurde und die auf Basis zwischenstaatlicher Verträge zustande gekommen sei. Daher würden sich auch die Stimmen jener EU-Abgeordneten mehrten, die eine politische Umgestaltung der Europäischen Union, einen Bundesstaat Europa, befürworten.

Nachdem „im Laufe des Jahres 2012 institutionelle Veränderungen erfolgen müssen, die die Währungsunion durch eine Fiskalunion ergänzen“, schlage die zivilgesellschaftliche Organisation Nova Europa, deren Präsidiumsmitglied Riegler ist, vor, dass die Eurostaaten einen Vertrag über die Gründung einer Europäischen Föderation mit dem Ziel der Bildung einer Wirtschaftsregierung abschließen. „Lösungsvorschläge, die die realen Machtverhältnisse nicht berücksichtigen, haben dabei jedoch keine Chance“, räumte Riegler ein.

Bedrängte brauchen Solidarität

Daher müssten Merkel und Sarkozy fix in der Wirtschaftsregierung vertreten sein, ergänzt um einen weiteren Regierungschef, der aus dem Kreis der Euro-Staaten gewählt wird, sowie vier Fachministern, die von einer Staatenkammer nach dem Muster des deutschen Bundesrates bestimmt werden. Der Föderation sollten alle Euro-Staaten angehören, „denn gerade die Bedrängten brauchen unsere Solidarität, betonte Riegler. Jene, die nicht bereit seien, Souveränität abzugeben, müssten die Eurozone verlassen.

Die Gründung der Föderation sei jedoch „nur ein erster Schritt“. Ziel müsse es sein, bis zum Jahr 2020 eine Verfassung für eine Republik Europa nach dem Modell der klassischen Gewaltentren-

nung auszuarbeiten.

Die heutige EU der 27 steuere dreißig Prozent zur Weltwirtschaft bei und sei damit die weltweit größte Wirtschaftsmacht. Allerdings würden neben den USA, auch Länder wie China, Russland, Brasilien an Bedeutung gewinnen, weshalb Europa seine Position stärken müsse.

Gestärkt aus der Krise hervorgehen

„Nützt Europa sein Potenzial, hat es die Chance, aus der Krise gestärkt hervorzugehen und eine gestaltende Kraft im Konzert der Weltmächte zu werden“, unterstreicht der Ex-Vizekanzler. Dies sei auch insofern wichtig, als dass nur ein starkes Europa dazu beitragen könne, dass eine neue globale Wirtschaftsordnung entsteht, die dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft gehorcht.

Der ehemalige ÖVP-Parteimann appellierte außer-

dem an die deutsche Politik „ihren Widerstand gegen ein massives Eingreifen der Europäischen Zentralbank in den Markt für Staatsanleihen aufzugeben. „Die Staatsfinanzierung ist zu wichtig, um sie den manisch-depressiven privaten Finanzmärkten zu überlassen“, mahnte er.

Angst vor Hyperinflation unbegründet

„Kaufen die Notenbanken Staatsanleihen, ersetzen sie nur die Nachfrage privater Banken, Versicherungen und Fonds“, erklärte Nova Europa-Obmann Karl Koller. Die dadurch erhöhte Zentralbankgeldmenge könne dem Geldmarkt jedoch wieder entzogen und die Interventionen damit sterilisiert werden. „Die Angst, mit dem Ankauf von Staatsanleihen eine Hyperinflation auszulösen, erweist sich somit als unbegründet“, betonte er.

pak



Foto: ChtabNO

Ex-Vizekanzler Josef Riegler plädierte in der Diplomatischen Akademie in Wien dafür, nicht am „Flickwerk“ des Lissabon-Vertrages weiterzubasteln, sondern den Boden für ein neues starkes Europa zu bereiten.